



ILLUSTRATION SIMON TANNER / NZZ

Die Kirchen verlieren ihre Privilegien

Die Schweiz wird nicht mehr lange ein christliches Land sein. In absehbarer Zeit ist die Mehrheit der Bevölkerung konfessionslos. Das wird für die Landeskirchen finanzielle Folgen haben. Sie sollten sich schon jetzt auf die neue Zukunft einstellen. Von Simon Hehli

Viel christlicher als die Schweiz kann ein Land kaum sein. Sie hat das Kreuz in der Flagge. Ihre Hymne ist ein Psalm, in dem der Hoherhabene, Herrliche auftritt, in dem fromme Seelen ahnen und freie Schweizer beten. Ihre Verfassung beginnt mit den Worten: «Im Namen Gottes des Allmächtigen!» Doch sind das heute noch mehr als Worthülsen und antiquierte Symbolik?

Die Schweiz ist vielleicht noch ein christliches Land. Sie wird es nicht mehr lange sein.

Zumindest nicht, wenn man das Christlichsein an den Kirchenmitgliedern festmacht. In der «Calvin-Stadt» Genf ist der Anteil der Reformierten schon auf mickrige 7 Prozent zusammengeschrumpfen. In der anderen Hochburg der Reformation, der «Zwingli-Stadt» Zürich, sieht es etwas weniger düster aus, aber auch dort ist nur noch jeder Sechste reformiert. Katholiken gibt es in Genf und in Zürich zwar mehr als Protestanten, doch die mit Abstand grösste Gruppe sind die Konfessionslosen.

Umfassende staatliche Hilfe

Die Städte sind Vorreiter einer rasanten gesellschaftlichen Entwicklung, die vor 50 Jahren eingesetzt hat. Kürzlich meldete das Bundesamt für Statistik, dass auch schweizweit diejenigen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, mit 34 Prozent den Spitzenplatz übernommen haben. Die Säkularisierung ist wie eine Erosion des Bodens, die langsam, aber sichtbar passiert. Und die sich nicht mehr aufhalten lässt. Die religiöse Sozialisierung funktioniert nicht mehr: Jede neue Generation ist weiter vom Glauben entfernt als die Generation der Eltern. So sinkt auch die Zahl der Taufen kontinuierlich.

Für die Kirchen der Reformierten, der Katholiken und der Christkatholiken, die zusammen 1980 noch über 90 Prozent der Bevölkerung in ihren Reihen hatten, ist das einschneidend. Es stellt sich die

Auch wenn sie schrumpfen, leisten die Kirchen weiterhin viel für die Allgemeinheit. Insbesondere für die Armen, Alten, Ausgegrenzten.

Frage, ob sich ihre Privilegierung durch den Staat noch rechtfertigen lässt. Die Vorzugsstellung hat ihre Wurzeln in der Geschichte, ebenso, dass die Ausgestaltung von Kanton zu Kanton unterschiedlich ist. Denn die Verfassung des Bundesstaates von 1848 überliess das Kirchenwesen den Kantonen. Laut dem «Historischen Lexikon der Schweiz» ist in den reformiert geprägten Kantonen eher eine engere Bindung der einstigen Staatskirche an den modernen Staat festzustellen. Die traditionell katholischen Kantone gewähren den Kirchen hingegen mehr Freiheit für ihre Selbstorganisation.

Während die Kirchen in Genf und Neuenburg weitgehend vom Staat getrennt sind, ist die Verflechtung in der Waadt, in Zürich oder in Bern nach wie vor sehr eng. Die meisten Kantone unterstützen die Kirchen, indem sie für sie die Kirchensteuern zusammen mit den staatlichen Steuern eintreiben. Doch die staatliche Hilfe geht weit darüber hinaus. Insgesamt erhalten die Kirchen in der Schweiz jährlich mehrere hundert Millionen Franken. Das Geld stammt von den Kirchensteuern der Unternehmen und aus der Staatskasse – also auch von vielen Nichtmitgliedern.

Für eine solche Privilegierung gibt es gute Gründe. Die Kirchen mögen schrumpfen, doch sie leisten weiterhin viel für die Allgemeinheit. Insbesondere für die Armen, Alten, Ausgegrenzten. Mittagstische für Senioren, Seelsorge in Gefängnissen, Spitälern oder Asylzentren, Beratungen für orientierungslose Jugendliche und vieles mehr: Der abtretende Grossmünsterpfarrer Christoph Sigrist sprach einst von einer «Art diakonischer Geldwäsche», durch welche die Kirchen die ihnen anvertrauten Mittel zum Nutzen der Gesellschaft einsetzen würden.

Die Angebote der Landeskirchen sind offen für alle. Das unterscheidet sie von den Freikirchen, die sich in erster Linie um ihre eigenen Mitglieder kümmern und deren Aussenkontakte vorwiegend das Ziel haben, Ungläubige zu missionieren. Die

Leistungen der Landeskirchen sind deshalb breit anerkannt. In Umfragen würdigen auch Distanzierte, die schon lange an keinem Gottesdienst mehr waren, den Wert der Kirchen – nicht für sich selbst, aber für «die anderen». Und so ist die staatliche Unterstützung bis anhin kaum umstritten.

Allerdings könnte die Stimmung kippen. Voraussichtlich irgendwann zwischen 2030 und 2035 wird es mehr Konfessionslose geben als Mitglieder aller Landeskirchen zusammen. Die Zahl jener, die überhaupt einen Bezug zur Kirche haben, wird auch danach weiter schmelzen, auf 40, 30, vielleicht 20 Prozent. Ein Wiederaufblühen der institutionalisierten Religion ist nicht in Sicht. Immer mehr Konfessionslose dürften sich fragen, warum sie Institutionen mitfinanzieren müssen, deren Weltansicht sie nicht teilen oder gar ablehnen.

Das gilt in besonderem Masse für die katholische Kirche. Sie hat sich wegen der Missbrauchsfälle einen massiven Reputationsschaden eingehandelt. Doch mindestens so schwer wiegt, dass sich der gesellschaftliche Mainstream immer weiter von den zentralen Werten der 2000 Jahre alten Kirche entfernt. Eine Diskriminierung von Frauen oder Homosexuellen ist heute ebenso wenig vermittelbar wie eine rigide Sexualmoral. Der Niedergang zeigt sich am desaströsen Abschneiden der Kirchen im aktuellsten Sorgenbarometer der CS. Von allen Institutionen, zu welchen die Bürgerinnen und Bürger befragt wurden, genossen die Kirchen am wenigsten Rückhalt, nur noch jeder Fünfte vertraut ihnen. Selbst die politischen Parteien oder die Europäische Union stehen viel besser da.

Es ist darum wahrscheinlich, dass radikale Säkularisten wie die Freidenker in den nächsten Jahrzehnten Gehör finden werden mit ihren Forderungen nach einer konsequenten Trennung von Kirche und Staat. Das kann konkret bedeuten, dass es konfessionellen Religionsunterricht nur noch in den Räumen der Kirchgemeinden und in den schulischen Randzeiten gibt. Selbst in der katholisch geprägten Innerschweiz verliert die Kirche schon jetzt rasant an Rückhalt. So sorgte letzte Woche die Meldung aus Altdorf für Aufsehen, dass die Primarschule die traditionellen Gottesdienste streicht, die während der Unterrichtsstunden stattfinden.

Oder es kann bedeuten, dass die Kirchen keine automatischen Zahlungen von den Kantonen mehr erhalten. Stattdessen müssten sie sich um Leistungsaufträge, die der Staat als gesamtgesellschaftlich ansieht, bewerben – in Konkurrenz mit anderen, säkularen Anbietern.

Schärfung des Profils

Bisher sind politische Versuche, die Unternehmenssteuern für Kirchen abzuschaffen, stets gescheitert. Auch in dieser Frage könnte der Wind drehen. Und zumindest eine abgeschwächte Variante mehrheitsfähig werden: dass die Inhaber der Unternehmen selbst entscheiden könnten, für welchen sozialen Zweck ihre Steuern eingesetzt werden. Erst kürzlich hat der Grosse Rat des Kantons Bern den Regierungsrat beauftragt, zu prüfen, ob die Kirchensteuern der Firmen freiwillig werden sollen.

All dies bedeutet, zusammen mit den rapide sinkenden Einnahmen aus den Kirchensteuern von natürlichen Personen, dass die Kirchen deutlich weniger Mittel zur Verfügung haben werden. Sie müssen dadurch ihr seelsorgerisches Angebot beschränken. Und auch eine Umnutzung von Kirchen wird aus finanziellen Gründen noch mehr zum Thema werden. Für die Instandhaltung jener Gebäude, die herausragende Kulturmonumente sind, kann der Staat sorgen, so wie er es teilweise bei Burgen und Schlössern tut. Eine Alternative ist die Umwandlung in Schulräume, Musiklokale und Wohnungen. Oder in eine Buchhandlung wie bei der gotischen Dominikanerkirche in der niederländischen Stadt Maastricht.

Auf eine solche Zukunft sollten sich die Landeskirchen jetzt schon einstellen. Das mag ein schmerzhafter Prozess sein. Mental, weil der Bedeutungsverlust so schnell passiert ist; organisatorisch, weil viele Stellen verschwinden. Aber die Entwicklung bietet auch Chancen. Für einen Wettbewerb mit anderen Anbietern sind die Kirchen auf absehbare Zeit gut aufgestellt, weil sie weiterhin auf Zehntausende von engagierten Mitgliedern zählen können, die ihre Arbeits- und Innovationskraft unentgeltlich zur Verfügung stellen. Ausserdem würde eine stärkere Marktorientierung die Kirchen dazu zwingen, ihr Profil zu schärfen und vermehrt auf die Bedürfnisse ihrer «Kundinnen» und «Kunden» einzugehen. Das wäre speziell für die Reformierten, die sich immer wieder in der Beliebigkeit verlieren, ein Fortschritt. Die Nachfrage nach Angeboten der Sinnstiftung, des Trosts und der sozialen Hilfe bleibt bestehen – erst recht in einer Zeit geopolitischer Krisen, wie wir sie derzeit erleben.

Zwar wird auch die religiöse und säkulare Konkurrenz für die Kirchen immer grösser, stehen «Life-Coaches», Psychotherapeutinnen oder der Sozialstaat in Notlagen parat. Doch die christlichen Konfessionen mit ihrer uralten Tradition bieten gerade im Bereich der Ethik Antworten, die auch künftig für viele Menschen wertvoll sein können.

Die Kirchen als eine Art von NGO mit Kreuz werden zwar kleiner und ärmer sein. Aber bestenfalls auch vitaler.